



**Zusammenarbeit Schweiz - EURATOM auf dem Gebiet der thermonuklearen Fusion und Plasmaphysik :**

1. **Beschluss über "Supplementary Agreement Nr. 4 to the agreement for the promotion of staff mobility" ( Nachtrag Nr. 4 zum Mobilitätsvertrag)**
2. **Statutenänderung JET (Joint European Torus); Verlängerung des "Joint Undertaking" bis Ende 1996**
3. **Beteiligung der Schweiz in der ITER-Zusammenarbeit (Engineering Design Phase 1991-1995) über ihre Assoziation mit dem EURATOM-Programm; Briefwechsel**
4. **Verlängerung des laufenden Assoziationsabkommens bis zum 31.12.1992 (Avenant no 1 au Contrat d'Association)**

Aufgrund des Doppelantrages des EDA und des EDI vom 16. Mai 1991 aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

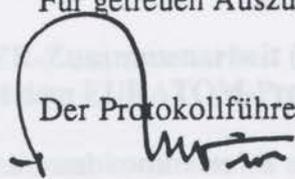
beschlossen :

1. Der Nachtrag Nr. 4 zum Mobilitätsvertrag ("Supplementary agreement Nr. 4 to the agreement for the promotion of staff mobility") wird genehmigt.
2. Die Statutenänderung JET ("Joint European Torus") und damit die Verlängerung des Gemeinsamen Unternehmens JET bis Ende 1996 wird genehmigt.
3. Der vorgeschlagene Briefwechsel (mögliche geringfügige redaktionelle Anpassungen bleiben vorbehalten) zwischen der Schweizerischen Mission bei den europäischen Gemeinschaften und der EG-Kommission betreffend den Einbezug in die ITER-Zusammenarbeit wird grundsätzlich gutgeheissen. Das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft wird ermächtigt, den Einbezug der Schweiz in die ITER-Vereinbarung im Einvernehmen mit der Direktion für Völkerrecht und dem Integrationsbureau EDA/EVD zu genehmigen.

- EDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FUER AUSSERWAERTIGE ANGELEGENHEITEN EDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INWERN
4. Der Verlängerung des laufenden Assoziationsabkommens um sechs Monate bis zum 31.12.1992 (Avenant no 1 au Contrat d'association) wird zugestimmt.
5. Der Chef der Schweizerischen Mission bei den Europäischen Gemeinschaften oder in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter wird ermächtigt, den Nachtrag Nr. 4 zum Mobilitätsvertrag, die Statutenänderung JET und damit die Verlängerung des Gemeinsamen Unternehmens JET bis Ende 1996, die Verlängerung des laufenden Assoziationsabkommens bis zum 31.12.1992 (Avenant no 1 au Contrat d'Association) sowie auf Veranlassung des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft und der Direktion für Völkerrecht und des Integrationsbureau EDA/EVD den schweizerischen Brief über den Einbezug der Schweiz in die ITER-Vereinbarung zu unterzeichnen.
6. Die Bundeskanzlei stellt die nötigen Vollmachten aus.

Für getreuen Auszug,

Der Protokollführer :



Protokollauszug an:				
ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
Nr.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	8	—
X		EDI	5	—
	X	EJPD	5	—
		EMD		
	X	EFD	7	—
	X	EVD	5	—
	X	EVED	5	—
	X	BK	1	—
		EFK		
		Fin.Del.		

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT  
DES INNERN

Bern, 16. Mai 1991

An den Bundesrat

**Zusammenarbeit Schweiz - EURATOM auf dem Gebiet der thermonuklearen Fusion und Plasmaphysik :**

1. **Beschluss über "Supplementary Agreement Nr. 4 to the agreement for the promotion of staff mobility" ( Nachtrag Nr. 4 zum Mobilitätsvertrag)**
2. **Statutenänderung JET (Joint European Torus); Verlängerung des "Joint Undertaking" bis Ende 1996**
3. **Beteiligung der Schweiz in der ITER-Zusammenarbeit (Engineering Design Phase 1991-1995) über ihre Assoziation mit dem EURATOM-Programm; Briefwechsel**
4. **Verlängerung des laufenden Assoziationsabkommens bis zum 31.12.1992 (Avenant no 1 au Contrat d'Association)**

**1. Allgemeines**

Mit Beschluss vom 20. März 1979 genehmigten die Eidgenössischen Räte das Abkommen über Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und EURATOM auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion und Plasmaphysik (AZ), den ersten Assoziationsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft auf dem gleichen Gebiet (AV) und den ersten Vertrag zur Förderung der Mobilität des Personals zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und den am Fusionsforschungsprogramm teilnehmenden Organen (MV), wie auch den Beitritt zum Unternehmen JET (Joint European Torus).

Das AZ ist ein Rahmenabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, der AV und der MV sind Exekutiv-Verträge zwischen dem Bundesrat und der EG-Kommission, welche rollend überprüft werden.

Die unterbreiteten Beschlussentwürfe sind Ergänzungen der rechtlichen Grundlage dieser umfassenden Zusammenarbeit mit der EG im Bereich der Fusionsforschung, in welche die Schweiz heute vollständig integriert ist.

## **2. Beschluss über "supplementary Agreement Nr. 4 to the agreement for the promotion of staff mobility" (Nachtrag Nr. 4 zum Mobilitätsvertrag)**

Der Mobilitätsvertrag regelt die Abordnung von Personal zwischen Stellen, meist Forschungslaboratorien, die bei der Durchführung dieses europäischen Fusionsforschungsprogramms zusammenarbeiten. Die Mobilität der Forscher in Europa soll dadurch gefördert werden, dass EURATOM einen Teil der Kosten für Reisen und Aufenthalte übernimmt. Weiter geht der Vertrag auf das Arbeitsverhältnis zwischen abgeordnetem Personal, abordnender Stelle und aufnehmender Stelle ein und regelt rechtliche und organisatorische Fragen einheitlich.

Der Mobilitätsvertrag ist zeitlich befristet und wird, infolge der rollenden Planung der Fusionsforschung, laufend erneuert. Der dritte Mobilitätsvertrag, der retroaktiv auf den 15. Juli 1983 in Kraft gesetzt wurde und bis zum 31. Dezember 1986 befristet ist, wurde vom Bundesrat am 4. Juli 1984 genehmigt. Mit drei Zusatzabkommen wurde seine Dauer auf den 31. März 1992 verlängert und entsprechend die höchstens einsetzbare Summe auf 9 Mio ECU erhöht.

Der vorliegende Nachtrag Nr. 4 zum Mobilitätsvertrag erhöht die einsetzbaren Mittel der Kommission von 9 auf 13 Mio. ECU zur Kostendeckung bis am 31. Dezember 1993. Es geht hier also um eine rein formelle Genehmigung ohne finanzielle oder personelle Konsequenzen für die Schweiz.

Im übrigen bleibt der vom Bundesrat genehmigte dritte Mobilitätsvertrag gültig.

## **3. Statutenänderung JET (Joint European Torus); Verlängerung des "Joint Undertaking" bis Ende 1996**

Für die Forschungsanlage JET, welche ursprünglich auf 12 Jahre begrenzt war, wird eine Verlängerung bis 1996 vorgeschlagen. Der Grund dafür ist die volle Nutzung von JET in einem erweiterten Forschungsprogramm. JET ist heute die weltweit führende Anlage dieses Gebiets, einzigartig geeignet, Grundlagen für den nächsten Schritt der Strategie der Fusionsforschung (dem sogenannten Next Step) bereitzustellen.

Die Satzung des JET bildet keinen selbständigen internationalen Vertrag, sondern ist Bestandteil des Zusammenarbeitsabkommens (vgl. Botschaft über die Zusammenarbeit mit EURATOM vom 24. Mai 1978, BBl 1978 II 1 ff., S. 20). Das Zusammenarbeitsabkommen

wurde gemäss Artikel 19 Absatz 2 für die Dauer des EURATOM-Programmes geschlossen und kann stillschweigend im Einklang mit weiteren Programmbeschlüssen von EURATOM verlängert werden. Demgegenüber sieht Artikel 19 der JET-Satzung vor, dass das gemeinsame Unternehmen für die Dauer von 12 Jahren errichtet wird (1978 bis 1990), mit der Möglichkeit, diesen Zeitraum durch Abänderung der Statuten zu verlängern. Artikel 24 der JET-Satzung sieht eine Zustimmungspflicht des JET-Rates zu Statutenänderungen vor. Die Verlängerung von JET, welcher der JET Rat 1990 zugestimmt hat, muss noch im Rahmen der EG verabschiedet werden.

Rechte und Pflichten der JET-Satzung werden über einen ursprünglich vereinbarten Zeitpunkt hinaus verlängert. Der schweizerische finanzielle Beitrag ist im Budget- und Finanzplan bis 1994 genehmigt und für 1995 vom Bundesamt für Bildung und Wissenschaft bereits eingestellt worden.

Die Verträge mit EURATOM können mit einer Rücktrittsfrist von 6 Monaten gekündigt werden. Der Verlängerung bis Ende 1996 kann daher zugestimmt werden.

#### **4. Beteiligung der Schweiz in der ITER-Zusammenarbeit (Engineering Design Phase 1991-1995) über ihre Assoziation mit dem EURATOM-Programm; Briefwechsel**

##### **4.1. Grundlagen**

Die ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) ist eine weltweite Zusammenarbeit in der Entwicklung eines Fusionsforschungsreaktors der nächsten Generation. Schon in der "Conceptual Design Phase" von ITER hat die Schweiz - wissenschaftlich an prominenter Stelle - innerhalb des EURATOM-Fusionsprogrammes mitgearbeitet.

Es geht nun darum, die weitere Beteiligungsmöglichkeit zu sichern.

In der zur Aushandlung bereitstehenden Vereinbarung zwischen EURATOM, USA, Japan und UdSSR sieht EURATOM die Beteiligung auch der Schweiz an der ITER-Zusammenarbeit als "pays associé" vor. Die Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern sind nun angelaufen. Obschon die Verhandlungen zwischen EURATOM, Japan, USA und UdSSR noch nicht abgeschlossen sind, ist bereits jetzt absehbar, dass sich diese Verhandlungen im wesentlichen in dem von den Verhandlungsrichtlinien (siehe Beilage) gegebenen Rahmen halten werden.

Um eine Teilnahme der Schweiz an dieser Zusammenarbeit sicherzustellen und für den Fall unvorhergesehener Entwicklungen und wichtiger Änderungen vorbereitet zu sein, erachten wir es als sinnvoll, analog wie bei den Umbrella Agreements der EG in diesem Gebiet mit den USA und Japan, einen Briefwechsel EURATOM-Schweiz vorzusehen.

Der vom Bundesrat zu genehmigende Briefwechsel wird erst dann ausgeführt, wenn die Abkommen zwischen EURATOM, USA, Japan und UdSSR vorliegen und die Schweiz Kenntnis von deren Inhalt genommen hat. Die grundsätzliche Zustimmung des Bundesrates zu diesem Briefwechsel bereits im jetzigen Zeitpunkt ist notwendig, damit wir die von den

Vertragspartnern gesetzte Frist zum Einschluss von sog. "pays associés" (wie Schweiz und Schweden) nicht verpassen.

Die mit der EG-Kommission mit Bezug auf die Abkommen EURATOM-USA und EURATOM-Japan ausgehandelten Lösungen sollen für den Einbezug der Schweiz in die ITER-Zusammenarbeit in angepasster Weise übernommen werden (siehe z.B. den Einbezug der Schweiz in ein Rahmenabkommen zwischen EURATOM und Japan, Doppelantrag des EDA und des EDI vom 17. Dezember 1986 an den Bundesrat, Punkt 2 sowie Doppelantrag EDA/EDI vom 19. September 1989 an den Bundesrat, Punkt 2.). Diese Lösung sieht einen Briefwechsel Schweiz-EURATOM vor, den die EG zusammen mit der Vereinbarung über die ITER-Zusammenarbeit der anderen beteiligten Partner zur Kenntnis bringt. Gleichzeitig sollte damit sichergestellt werden können, dass die schweizerische Delegation im Konsultativausschuss für das Fusionsprogramm zu den einzelnen Protokollen über die Ausgestaltung der Arbeiten 1991-1995 äussern kann.

Es geht nun darum, vorerst der EG das schweizerische Interesse an einer Beteiligung an der ITER-Arbeit mitzuteilen und dann zum gegebenen Zeitpunkt mit dem Briefwechsel sicherzustellen, dass die Beteiligung der Schweiz durch die Vertragspartner anerkannt wird und der Schweiz eine Mitsprachemöglichkeit bei Änderungen der Vereinbarung über die ITER-Zusammenarbeit zusteht.

#### 4.2. Rechtliche Würdigung

Obwohl die Schweiz selber nicht Vertragspartei der Vereinbarung zwischen EURATOM, USA, Japan und UdSSR sein wird, werden ihr durch den Einbezug in die Vereinbarung völkerrechtliche Rechte und Pflichten begründet. Deshalb müssen die für den Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrages massgebenden Regeln beachtet werden :

Die fragliche Vereinbarung, welche letztlich für die Schweiz Rechte und Pflichten begründen wird, ist noch nicht ausgehandelt. Deshalb kann der Bundesrat den vorliegenden Briefwechsel über den Einbezug der Schweiz in jenes Abkommen nicht im Sinne einer eigentlichen Genehmigung eines völkerrechtlichen Vertrages gutheissen. Er kann indessen die ihm zustehende Vertragsschlusskompetenz (für den vorliegenden Fall s. Ziff 6) unter bestimmten Umständen zum voraus an ein Departement oder gar ein Amt weiterdelegieren (siehe dazu im einzelnen VPB 51/IV Nr. 58, S. 384 f.). Deshalb kann und soll der vorliegende Briefwechsel mit der EG-Kommission vom Bundesrat im Sinne einer vorgängigen Ermächtigung an das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft im Einvernehmen mit der Direktion für Völkerrecht und dem Integrationsbureau EDA/EVD zur Vornahme des Einbezugs der Schweiz in die fragliche Vereinbarung genehmigt werden.

Angefügt sei, dass im Laufe der Verhandlungen mit der EG-Kommission möglicherweise im Briefwechsel selber noch geringfügige redaktionelle Änderungen vorgenommen werden.

## **5. Verlängerung des laufenden Assoziationsabkommens bis zum 31.12.1992 (Avenant No. 1 au contrat d'association)**

Der Bundesrat hat am 18.10.1989 dem Assoziationsvertrag 1989-1992 zugestimmt, welcher bis zum 31.3.1992 befristet ist. Auf Wunsch der EG-Kommission soll dieser Vertrag bis zum 31.12.1992 verlängert werden (Beilage 5). Inhaltlich bleibt der Vertrag unverändert. Finanziell wird die obere Grenze der Rückflüsse des Betrages mit dem die EURATOM die Forschung in der Schweiz finanziert hinaufgesetzt. Die Zahlungen der Schweiz sind im Rahmen des Zusammenarbeitsabkommens mit EURATOM in Finanzpläne ( Rubrik No.: 327.3600.302/4 ) und Budgets eingestellt. Es erfolgt also lediglich eine Weiterführung der bestehenden Zusammenarbeit ohne Erhöhung der finanziellen Mittel.

## **6. Rechtsgrundlagen**

Der Beschluss über den Nachtrag Nr. 4 zum Mobilitätsvertrag, die Statutenänderung für die JET-Verlängerung bis 1996 und der Einbezug der Schweiz in die ITER-Zusammenarbeit und die Verlängerung des Assoziationsabkommens können vom Bundesrat gestützt auf Art. 16 Abs. 3 Buchstabe a) des Bundesgesetzes vom 7. Oktober 1983 über die Forschung in eigener Kompetenz abgeschlossen werden.

## **7. Finanzielle Auswirkungen**

Die in Budgets und Finanzplänen vorgesehenen Zahlungen der Schweiz werden durch die vorliegenden Änderungen und Anpassungen nicht berührt.

Wie in der Botschaft an die Eigenössischen Räte über die Weiterführung der Zusammenarbeit mit EURATOM auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion und der Plasmaphysik vom 20. Dezember 1982 ausgeführt, ist Rechtsgrundlage für die finanziellen Verpflichtungen das Zusammenarbeitsabkommen, das die Beitragspflichten der Schweiz abschliessend festlegt. Aus diesem Grund und weil dies auch für die Beiträge an wissenschaftliche internationale Organisationen der Fall ist, hat der Bundesrat in der gleichen Botschaft erklärt, dass die Finanzierung ab 1984 nicht mehr auf mehrjährigen Verpflichtungskrediten beruhen soll, sondern jährlich als Zahlungskredit im Voranschlag des Bundes bewilligt wird.

## **8. Unterzeichnung**

Der Chef der schweizerischen Mission bei den EG oder in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter sind damit zu betrauen, den schweizerischen Brief betreffend Einbezug der Schweiz in

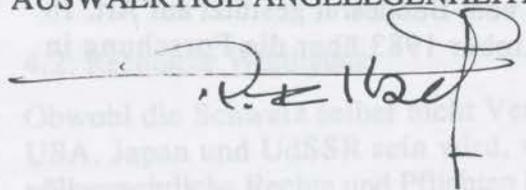
die ITER-Zusammenarbeit, den Nachtrag Nr. 4, die JET-Statutenänderung und die Verlängerung des Assoziationsabkommens zu unterzeichnen.

## 9. Ergebnis der Rücksprache mit anderen Bundesstellen

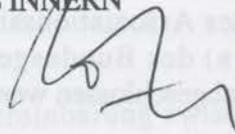
Die Direktion für Völkerrecht, das Bundesamt für Justiz, die Eidgenössische Finanzverwaltung, das Bundesamt für Aussenwirtschaft, das Bundesamt für Energiewirtschaft und der Schweizerische Schulrat sowie die Gruppe Wissenschaft und Forschung sind mit dem vorliegenden Antrag einverstanden.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf beizustimmen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT  
DES INNERN



### Veröffentlichung im Bundesblatt

#### Beilage :

- Beschlussentwurf
- Supplementary agreement No 4, to the agreement for the promotion of staff mobility in the field of controlled thermonuclear fusion
- Annex zu JET-Statuten (i.c. Art. 1.3)
- Directives Conseil (projet du 20 novembre 1990)
- Avenant No 1 au contrat d'association No 341-88-1 FUA CH entre la CE de l'énergie atomique et la Suisse

## Zusammenarbeit Schweiz - EURATOM auf dem Gebiet der thermonuklearen Fusion und Plasmaphysik :

1. **Beschluss über "Supplementary Agreement Nr. 4 to the agreement for the promotion of staff mobility" ( Nachtrag Nr. 4 zum Mobilitätsvertrag)**
2. **Statutenänderung JET (Joint European Torus); Verlängerung des "Joint Undertaking" bis Ende 1996**
3. **Beteiligung der Schweiz in der ITER-Zusammenarbeit (Engineering Design Phase 1991-1995) über ihre Assoziation mit dem EURATOM-Programm; Briefwechsel**
4. **Verlängerung des laufenden Assoziationsabkommens bis zum 31.12.1992 (Avenant no 1 au Contrat d'Association)**

Aufgrund des Doppelantrages des EDA und des EDI vom.....  
aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

### beschlossen :

1. Der Nachtrag Nr. 4 zum Mobilitätsvertrag ("Supplementary agreement Nr. 4 to the agreement for the promotion of staff mobility") wird genehmigt.
2. Die Statutenänderung JET ("Joint European Torus") und damit die Verlängerung des Gemeinsamen Unternehmens JET bis Ende 1996 wird genehmigt.
3. Der vorgeschlagene Briefwechsel (mögliche geringfügige redaktionelle Anpassungen bleiben vorbehalten) zwischen der Schweizerischen Mission bei den europäischen Gemeinschaften und der EG-Kommission betreffend den Einbezug in die ITER-Zusammenarbeit wird grundsätzlich gutgeheissen. Das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft wird ermächtigt, den Einbezug der Schweiz in die ITER-Vereinbarung im Einvernehmen mit der Direktion für Völkerrecht und dem Integrationsbureau EDA/EVD zu genehmigen.
4. Der Verlängerung des laufenden Assoziationsabkommens um sechs Monate bis zum 31.12.1992 (Avenant no 1 au Contrat d'association) wird zugestimmt.



Die Antwort von Seiten der EG-Kommission lautet wie folgt:

Anhang

Der schweizerische Brief des Briefwechsels Schweiz -EG, auf den die EG zu antworten hat, ist wie folgt vorgesehen:

"Monsieur  
Paolo Maria Fasella  
Directeur général  
Direction générale XII  
Commission des Communautés  
européennes  
Square des Meeûs 8

1040 Bruxelles

M. le Directeur général,

J'ai l'honneur de me référer aux dispositions de l'article 3 chiffre 3 de l'accord de coopération entre la Suisse et la Communauté européenne de l'énergie atomique dans le domaine de la fusion thermonucléaire contrôlée et de la physique des plasmas, du 14 septembre 1978.

Mes autorités m'ont chargé de vous faire savoir qu'elles ont pris acte du contenu de l'accord envisagé entre EURATOM, USA, UdSSR et le Japon sur ITER EDA et qu'elles acceptent que les effets dudit accord s'étendent à la Suisse en tant qu'Etat associé au programme fusion communautaire et représenté dans l'entreprise commune JET. Elles partent de l'idée qu'en cas de modification ultérieure de l'accord et du premier protocole et en cas de conclusion d'autres protocoles prévus sous cet accord elles seront consultées par EURATOM et qu'il sera tenu compte de leur avis, dans toute la mesure du possible. En effet, toute modification touchant aux obligations de la Suisse nécessite l'approbation formelle de mon pays.

Je vous saurais gré de donner connaissance de ce qui précède aux gouvernements concernés avant la conclusion de l'accord. Ainsi, la présente lettre et votre réponse constitueront un accord en cette matière entre la Suisse et EURATOM.

Veillez agréer, M. le Directeur général, l'assurance de ma considération distinguée.

Le chef de la Mission Suisse

P. Fasella

(B. de Tscharnier)

Die Antwort von Seiten der EG-Kommission lautet wie folgt :

"Monsieur  
Bénédict de Tscharner  
Ambassadeur  
Chef de la Mission Suisse  
auprès de Communautés  
Européennes  
Rue d'Arlon 53 (bte 9)

1040 Bruxelles

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du ..... dont le texte est le suivant :

M. le Directeur général,

J'ai l'honneur de me référer aux dispositions de l'article 3 chiffre 3 de l'accord de coopération entre la Suisse et la Communauté européenne de l'énergie atomique dans le domaine de la fusion thermonucléaire contrôlée et de la physique des plasmas, du 14 septembre 1978.

Mes autorités m'ont chargé de vous faire savoir qu'elles ont pris acte du contenu de l'accord envisagé entre EURATOM, USA, UdSSR et le Japon sur ITER EDA et qu'elles acceptent que les effets dudit accord s'étendent à la Suisse en tant qu'Etat associé au programme fusion communautaire et représenté dans l'entreprise commune JET. Elles partent de l'idée qu'en cas de modification ultérieure de l'accord et du premier protocole et en cas de conclusion d'autres protocoles prévus sous cet accord elles seront consultées par EURATOM et qu'il sera tenu compte de leur avis, dans toute la mesure du possible. En effet, toute modification touchant aux obligations de la Suisse nécessite l'approbation formelle de mon pays.

Je vous saurais gré de donner connaissance de ce qui précède aux gouvernements concernés avant la conclusion de l'accord. Ainsi, la présente lettre et votre réponse constitueront un accord en cette matière entre la Suisse et EURATOM.

Veuillez agréer, M. le Directeur général, l'assurance de ma considération distinguée.

Le chef de la Mission Suisse

(B. de Tscharner) "

J'ai le plaisir de vous marquer mon accord sur le contenu de votre lettre.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, l'assurance de ma considération distinguée.

P. Fasella "

SUPPLEMENTARY AGREEMENT No. 4

to the

AGREEMENT FOR THE PROMOTION OF STAFF MOBILITY  
IN THE FIELD OF CONTROLLED THERMONUCLEAR FUSION

NO. 131-83-7 FUSC

between

THE EUROPEAN ATOMIC ENERGY COMMUNITY

and

THE BELGIAN STATE

THE CENTRO DE INVESTIGACIONES ENERGETICAS  
MEDIOAMBIENTALES Y TECNOLOGICASTHE COMITATO NAZIONALE PER LA RICERCA E PER LO SVILUPPO  
DELL'ENERGIA NUCLEARE E DELLE ENERGIE ALTERNATIVE

THE COMMISSARIAT A L'ENERGIE ATOMIQUE

THE FORSCHUNGSZENTRUM JULICH GMBH

THE GRAND DUCHE OF LUXEMBOURG

THE HELLENIC REPUBLIC

IRELAND

THE JOINT EUROPEAN TORUS (JET), JOINT UNDERTAKING

THE JUNTA NACIONAL DE INVESTIGACAO  
CIENTIFICA E TECNOLOGICA

THE KERNFORSCHUNGSZENTRUM KARLSRUHE GMBH

THE MAX-PLANCK-INSTITUT FUR PLASMAPHYSIK

THE RISØ NATIONAL LABORATORY

THE STICHTING VOOR FUNDAMENTEEL ONDERZOEK DER MATERJ

SWE. ISH NATURAL SCIENCE RESEARCH COUNCIL

THE SWISS CONFEDERATION

THE UNITED KINGDOM ATOMIC ENERGY AUTHORITY

The European Atomic Energy Community (EURATOM), hereinafter referred to as the "Community", represented by the Commission of the European Communities, hereinafter referred to as the "Commission", which is in turn represented by its Director-General for Science, Research and Development, or by his authorised representative,

of the one part

The Belgian State (Belgium), acting for its own part (Laboratoire de Physique des Plasmas of the Ecole Royale Militaire - Laboratorium voor plasmaphysica van de Koninklijke Militaire School) and on behalf of the Université Libre de Bruxelles (Service de physique statistique, plasmas et optique non-linéaire of the ULB) and of the Centre d'Etude de l'Energie Nucléaire/Studiecentrum voor Kernenergie, represented by the Secretary of State for Energy,

the Centro de Investigaciones Energéticas Medioambientales y Tecnológicas (CIEMAT), with headquarters in Madrid, represented by its General Director,

the Commissariat à l'Energie Atomique (CEA), with headquarters in Paris, represented by the Directeur des Sciences de la Matière,

the Comitato Nazionale per la Ricerca e per lo Sviluppo dell'Energia Nucleare e delle Energie Alternative (ENEA), with headquarters in Rome, represented by its President,

the Forschungszentrum Jülich GmbH (KFA), formerly known as the Kernforschungsanlage Jülich GmbH, with headquarters in Jülich, represented by its Board of Directors,

the Grand Duché de Luxembourg (Luxembourg), represented by the Minister for Energy,

the Hellenic Republic, represented by the Greek Atomic Energy Commission (GAEC), which is in turn represented by its President,

Ireland, represented by

the Joint Europe Torus (JET), Joint Undertaking, with seat near Abingdon, 50% share, represented by its Director,

the Junta Nacional de Investigaçao Científica e Tecnológica (JNICT), with headquarters in Lisbon, represented by its President,

the Kernforschungszentrum - Karlsruhe GmbH (KfK), with headquarters at Karlsruhe, represented by its Board of Directors,

the Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., represented by the Scientific Director of the Max-Planck-Institut für Plasmaphysik at Garching near Munich (IPP) and the Administrative Director of the IPP,

the Risø National Laboratory, Denmark (RISØ), represented by its Managing Director,

the Stichting voor Fundamenteel Onderzoek der Materie (FOM), whose registered office is in the Hague, represented by the Management Council, which has authorized the Director of FOM to represent the Stichting,

the Swedish Natural Science Research Council (NFR), with headquarters in Stockholm, represented by its Secretary General,

the Swiss Confederation (Switzerland), acting on behalf of the "Centre de Recherches en Physique des Plasmas (CRPP)" of the "Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne" and on behalf of other Swiss organisations which have been or might be selected by the Community and Switzerland for cooperation with the Community in the field of controlled thermonuclear fusion, represented by the Swiss Federal Council, which is in turn represented by the Head of the Swiss Mission to the European Communities,

the United Kingdom Atomic Energy Authority (UKAEA), with headquarters in London, 11 Charles II Street, represented by its Secretary,

of the other part

HAVING REGARD to the Community's Research and Training Programme in the field of Controlled Thermonuclear Fusion, adopted by Council Decision of 25 July 1988, Decision 88/448 Euratom;

HAVING REGARD to the Agreement for the Promotion of Staff Mobility in the Field of Controlled Thermonuclear Fusion (doc. n° 131-83-7 FUSC), as amended by Supplementary Agreements n° 1, n° 2, and n° 3, hereinafter collectively referred to as "the Agreement";

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

1. In Article 1.3, the figure of "9 000 000" shall be replaced by "13 000 000".
2. Article 2 shall be substituted by the following:

"This agreement shall come into force on 15 July 1983 and shall expire on 31 December 1993."

Article 2

The present Supplementary Agreement n° 4 shall, upon signature by the Commission and at least fourteen of the Associates, be deemed to enter into force between the Community and the Associates who have signed it.

Done at Brussels  
the  
in the Danish, German,  
Greek, English, French,  
Italian, Dutch,  
Portuguese and Spanish  
language.

1. Article 1.3 of the Statutes of the Joint Undertaking shall be replaced by the following:

For the Commission

For Belgium:

For JNICT:

For CIEMAT:

For KfK:

For ENEA:

For IPP:

For CEA:

For RISØ:

For KFA:

For FOM:

For Luxembourg:

For NFR:

For GAEC:

For Switzerland:

For Ireland:

For UKAEA:

For JET:

A N N E X

1. Article 1.3 of the Statutes of the Joint European Torus (JET), Joint Undertaking shall be replaced by the following:

"1.3 The Joint Undertaking shall have the following Members:

- \* the European Atomic Energy Community (hereinafter referred to as "Euratom"),
- \* the Belgian State (hereinafter referred to as "Belgium") acting for its own part ("Laboratoire de physique des plasmas of the Ecole royale militaire-Laboratorium voor plasmaphysica van de Koninklijke Militaire School") and on behalf of the "Université libre de Bruxelles" ("Service de physique statistique, plasmas et optique non-linéaire de l'ULB"), and of the "Centre d'Etude de l'Energie Nucléaire" (CEN)/"Studiecentrum voor Kernenergie" (SCK),
- \* the "Centro de Investigaciones Energéticas Medioambientales y Tecnológicas", Spain (hereinafter referred to as "CIEMAT"),
- \* the "Commissariat à l'Energie Atomique", France (hereinafter referred to as "CEA"),
- \* the "Comitato Nazionale per la Ricerca e per lo Sviluppo dell'Energia Nucleare e delle Energie Alternative", Italy (hereinafter referred to as "ENEA" which, until 5 April 1982, was named "Comitato Nazionale per l'Energia Nucleare", (CNEN), and which, since 1 January 1986, has represented all Italian activities falling within the Euratom Fusion Programme including that of the "Consiglio Nazionale delle Ricerche", (CNR),

- \* the Hellenic Republic (hereinafter referred to as "Greece").
- \* the "Forschungszentrum Jülich GmbH", Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "KFA" and which, until 1 January 1990, was known as "Kernforschungsanlage Jülich GmbH").
- \* the "Forskningcenter Risoe", Denmark (hereinafter referred to as "Risoe").
- \* the Grand Duchy of Luxembourg (hereinafter referred to as "Luxembourg").
- \* the "Junta Nacional de Investigação Científica e Tecnológica" Portugal (hereinafter referred to as "JNICT").
- \* Ireland,
- \* the "Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.-Institut für Plasmaphysik", Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "IPP").
- \* the Swedish Natural Science Research Council (hereinafter referred to as "NFR", which succeeded the Swedish Energy Research Commission on 1 July 1987, and which, in turn, succeeded the National Swedish Board for Energy Source Development on 1 July 1982),
- \* the Swiss Confederation (hereinafter referred to as "Switzerland").
- \* the "Stichting voor Fundamenteel Onderzoek der Materie", the Netherlands (hereinafter referred to as "FOM").
- \* the United Kingdom Atomic Energy Authority (hereinafter referred to as "the Authority" or "the Host Organization").

DIRECTIVES POUR LA CONDUITE DE NEGOCIATIONS DE COOPERATION ENTRE LA COMMUNAUTE EUROPEENNE DE L'ENERGIE ATOMIQUE, LE JAPON, L'UNION DES REPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIETIQUES ET LES ETATS-UNIS D'AMERIQUE, CONCERNANT DES ACTIVITES AYANT TRAIT AU PROJET DETAILLE D'UN REACTEUR THERMONUCLEAIRE EXPERIMENTAL INTERNATIONAL (ITER)

*Barlaye*

2. In Article 4.1.1, the reference to "SERC" shall be replaced by "NFR".

3. Article 19.1 of the Statutes of the Joint European Torus (JET), Joint Undertaking shall be replaced by the following:

"19.1 The Joint Undertaking shall be established for a period until 31 December 1996."

- a) établir le projet détaillé d'ITER, y compris une estimation des ressources humaines et financières nécessaires pour sa construction;
- b) effectuer des actions de R&D de soutien;
- c) mettre à jour la définition des critères concernant le site d'implantation d'ITER et les études de sécurité et d'impact sur l'environnement menées pendant les activités d'avant-projet d'ITER;
- d) élaborer un plan de travail et préparer une estimation actualisée du coût, de la main-d'œuvre et du calendrier de construction, de fonctionnement, d'exploitation et de démantèlement d'ITER;
- e) faire des suggestions sur la manière et les moyens pour les Parties d'assurer conjointement la construction, le fonctionnement, l'exploitation et le démantèlement d'ITER.

3. L'objectif programmatique global d'ITER, qui devrait guider son projet détaillé, devrait rester celui défini dans l'article 4 du "mandat relatif aux activités d'avant-projet d'un réacteur expérimental thermonucléaire international".

Des options d'objectifs technologiques pour atteindre l'objectif programmatique global, différentes de celles développées pendant les activités d'avant-projet, devraient être examinées en première priorité sous l'Accord de façon à baser la nouvelle activité sur les derniers résultats techniques en visant la plus grande convergence possible du destin d'ITER vers celui de NET, conformément aux objectifs du programme fusion.

4. L'Accord devrait être considéré comme entrant en vigueur le 1er janvier 1991 et expirant le 31 décembre 1996. Cette durée pourrait être prolongée ou raccourcie, en fonction de l'état d'avancement des travaux, moyennant un amendement de l'Accord.

=====

DIRECTIVES POUR LA CONDUITE DE NEGOCIATIONS DE COOPERATION ENTRE LA  
COMMUNAUTE EUROPEENNE DE L'ENERGIE ATOMIQUE, LE JAPON, L'UNION  
DES REPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIETIQUES ET LES ETATS-UNIS  
D'AMERIQUE, CONCERNANT DES ACTIVITES AYANT TRAIT AU PROJET DETAILLE  
D'UN REACTEUR THERMONUCLEAIRE EXPERIMENTAL INTERNATIONAL (ITER)

Beilage

1. Les Parties de l'Accord devraient être l'Euratom, y compris les  
pays associés au programme fusion de l'Euratom, le Japon, l'URSS et  
les Etats-Unis.

2. L'objet de l'Accord devrait être d'étendre la coopération ITER  
entre les Parties pour conduire conjointement, sous les auspices de  
l'AIEA, des activités ayant trait au projet détaillé (EDA) dans le  
but de:

- a) établir le projet détaillé d'ITER, y compris une estimation des  
ressources humaines et financières nécessaires pour sa  
construction;
- b) effectuer des actions de R&D de soutien;
- c) mettre à jour la définition des critères concernant le site  
d'implantation d'ITER et les études de sécurité et d'impact sur  
l'environnement menées pendant les activités d'avant-projet  
d'ITER;
- d) élaborer un plan de travail et préparer une estimation  
actualisée du coût, de la main-d'oeuvre et du calendrier de  
construction, de fonctionnement, d'exploitation et de  
démantèlement d'ITER;
- e) faire des suggestions sur la manière et les moyens pour les  
Parties d'assurer conjointement la construction, le  
fonctionnement, l'exploitation et le démantèlement d'ITER.

3. L'objectif programmatique global d'ITER, qui devrait guider son  
projet détaillé, devrait rester celui défini dans l'article 4 du  
"Mandat relatif aux activités d'avant-projet d'un réacteur  
expérimental thermonucléaire international".

Des options d'objectifs techniques pour atteindre l'objectif  
programmatique global, différentes de celles développées pendant  
les activités d'avant-projet, devraient être examinées en première  
priorité sous l'Accord de façon à baser la nouvelle activité sur  
les derniers résultats techniques en visant la plus grande  
convergence possible du dessin d'ITER vers celui de NET,  
conformément aux objectifs du programme Fusion.

4. L'Accord devrait être considéré comme entrant en vigueur le  
1er janvier 1991 et expirant le 31 décembre 1996. Cette durée  
pourrait être prolongée ou raccourcie, en fonction de l'état  
d'avancement des travaux, moyennant un amendement de l'Accord.

L'accord devrait de préférence être mis en oeuvre par étapes moyennant deux (ou plus) protocoles consécutifs dans lesquels les Parties devraient s'engager à exécuter les tâches et les dispositions figurant dans chacun d'eux.

Le Protocole N° 1 serait signé avec l'Accord. Tout protocole successif devrait recevoir l'accord des Parties en temps utile de telle façon que toutes les tâches puissent être exécutées et documentées avant que l'Accord n'expire.

La signature de tout protocole consécutif interviendrait également en vertu de l'article 101 deuxième alinéa du Traité Euratom.

↳ 2 x au Conseil *Vorbereitungsmittel und  
Unterstützung*

5. Les éléments essentiels de la structure d'organisation des EDA devraient être:

- un conseil
- un directeur
- une équipe centrale intégrée
- quatre équipes "nationales" (une pour chaque Partie) avec leur Leader
- un comité consultatif scientifique et technique

Le conseil devrait assumer la responsabilité de la direction générale des EDA et devrait exercer un contrôle d'ensemble sur son exécution. Le conseil devrait statuer à l'unanimité.

Le directeur devrait être nommé par le conseil. Il devrait diriger et coordonner l'exécution des EDA et devrait organiser et diriger l'équipe centrale intégrée. Il devrait faire rapport au Conseil.

L'équipe centrale intégrée devrait intégrer toutes les contributions provenant des Parties dans un projet cohérent et assister le directeur dans l'exercice de ses fonctions. Sa structure devrait être décidée par le Conseil.

Les équipes nationales devraient notamment avoir la responsabilité des contributions au projet et de la conduite des recherches et développements de validation, y compris des travaux confiés à l'industrie. Les leaders des équipes nationales devraient faire rapport au directeur pour ce qui concerne l'exécution des tâches confiées à leur équipe.

L'Accord et ses protocoles devraient définir en détail les fonctions du conseil, du directeur et de toute autre instance établie dans le cadre de la structure d'organisation des EDA.

6. L'Accord et ses protocoles devraient préciser les procédures pour l'établissement du plan de travail et la répartition du travail entre l'équipe centrale intégrée et chacune des quatre équipes nationales.

7. Le directeur et l'équipe centrale intégrée devraient être réunis dans un site de travail commun. La Partie mettant le site EDA à disposition devrait offrir les bureaux, le matériel et les services nécessaires pour l'installation de l'équipe centrale intégrée (assistance incombant à la Partie-hôte). L'Euratom devrait fournir, sans frais pour les autres Parties, un site EDA dans la Communauté ainsi que l'assistance lui incombant en tant que Partie-hôte. Pour toute la durée des EDA, Euratom offrira le site de Garching. L'Euratom se réserve la possibilité de réexaminer sa position sur le site en ce qui concerne le protocole n° 2.

8. En principe, chaque Partie devrait supporter les frais de sa contribution. Pour certaines dépenses telles que les missions des membres de l'équipe centrale intégrée, les salaires du directeur et de certains cadres, ainsi que pour d'autres dépenses possibles liées au travail de l'équipe, des fonds communs peuvent être créés, qui pourraient être gérés sous le contrôle du Conseil.

9. Chaque Partie devrait avoir la possibilité de faire participer à sa contribution, sous des conditions à approuver par le Conseil ITER et, en ce qui concerne Euratom, conformément à l'article 101(2) du Traité, d'autres pays disposant de capacités spécifiques pertinentes.

*d.h.  
Canada*

10. L'Accord et ses protocoles devraient contenir des dispositions concernant la diffusion, l'usage et la protection de l'information, les responsabilités des Parties et l'arbitrage. (1)

11. Le Protocole N° 1 devrait, avec l'Accord, permettre, en particulier, une transition en douceur et aussi rapide que possible des activités d'avant-projet aux EDA. Il devrait couvrir la nomination du directeur, la constitution de l'équipe centrale intégrée, ainsi que le démarrage d'un premier ensemble de tâches relatives aux EDA. Le Protocole N° 1 devrait entrer en vigueur le 1er janvier 1991 et se terminer avec la signature du Protocole N° 2 et au plus tard le 31 décembre 1992.

Aussitôt que possible après la signature de l'Accord, une task-force, qui ferait rapport au conseil, devrait être établie par les Parties pour réviser l'avant-projet d'ITER et effectuer l'examen mentionné au point 3 ci-dessus. De plus, la task-force ferait sien le plan de travail initial et préparerait un projet de Protocole N° 2.

12. La contribution aux EDA pour ITER devra se faire compte tenu des objectifs et du calendrier de NET, en sauvegardant l'intégrité de ce projet, de façon à préserver la faculté de se rabattre sur NET, avec un minimum de travail supplémentaire, au cas où il s'avérerait trop difficile de poursuivre l'initiative ITER.

(1) En ce qui concerne ce paragraphe, la Commission est prête à faire la déclaration suivante :

" La Commission s'engage à présenter sa proposition concernant la diffusion des connaissances avant la conclusion des négociations."

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT

CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

AVENANT NO.1

au

CONTRAT D'ASSOCIATION NO. 341-88-1 FUA CH

entre

LA COMMUNAUTE EUROPEENNE DE L'ENERGIE ATOMIQUE

et

LA CONFEDERATION SUISSE

DANS LE DOMAINE DE LA FUSION THERMONUCLEAIRE CONTROLÉE  
ET DE LA PHYSIQUE DES PLASMAS

La Communauté Européenne de l'Energie Atomique, ci-après dénommée "la Communauté", représentée par la Commission des Communautés Européennes, ci-après dénommée "la Commission", qui, pour la signature du présent contrat est représentée par le Directeur Général de la Science, de la Recherche et du Développement ou son représentant autorisé,

d'une part. et

et la Confédération suisse, ci-après dénommé "la Suisse", agissant pour le compte du Centre de Recherches en physique des plasmas (CRPP) de l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne et d'autres institutions suisses qui pourraient être choisies à plus long terme par les Parties contractantes de coopérer avec Euratom dans le domaine de la fusion thermonucléaire et de la physique des plasmas, représentée par le Conseil fédéral suisse, qui, pour la signature du présent Contrat, est représentée par le Chef de la Mission suisse auprès des Communautés européennes,

d'autre part

VU le contrat d'association n° EUR 341-88-1 FUA CH entre la Communauté et la Suisse, ci-après dénommé "le contrat";

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article unique

En vertu du présent avenant, les articles suivants du contrat sont modifiés comme suit:

(1) Article 2 - Durée

Remplacer l'article 2.1 comme suit:

"La durée du présent contrat est fixée à quatre ans à compter du 1 janvier 1989."

(2)

Article 9 - Financement des dépenses

Remplacer les deux premières phrases de l'article 9.1 comme suit:

"La Communauté participera au financement des dépenses relatives à l'exécution du présent contrat à raison d'environ 25% jusqu'à concurrence de 12.670.000 ECU."

Fait à Bruxelles

le

en trois exemplaires

Pour la Suisse:

Pour la Commission: